



Geschlagen, gestoßen, getreten, beleidigt – und oft alleine gelassen

Die Mehrheit aller Polizistinnen und Polizisten in NRW (54,3 Prozent), die regelmäßig Kontakt zu Bürgern haben, ist 2011 mindestens einmal angegriffen worden. Sie wurden geschlagen, gestoßen, getreten, bespuckt und mit gefährlichen Gegenständen attackiert. Einschließlich der Beleidigungen, denen viele Polizisten während ihres Dienstes immer wieder ausgesetzt sind, liegt die Zahl der angegriffenen Polizisten sogar bei 80 Prozent. Das geht aus der Anfang Dezember von Innenminister Ralf Jäger (SPD) veröffentlichten Studie über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hervor, an der sich mehr als 18 000 Polizisten aus ganz NRW beteiligt haben. Die Studie zeigt nicht nur, dass die Zahl der Angriffe deutlich höher ist, als bislang vom Innenministerium unterstellt wurde, sondern sie belegt auch, dass sich viele Polizisten nach einem Angriff von der Behördenleitung und der Justiz alleine gelassen fühlen.

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Ergebnisse hatte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Arnold Plickert gefordert, dass die in der Studie erarbeiteten Handlungsempfehlungen ernst genommen werden. „Ein ‚weiter so‘, frei nach dem Motto, wir haben die Probleme erkannt und sind auf einem guten Weg, sie zu lösen, reicht nicht“, sagte Plickert gegenüber den Journalisten. „Wenn wir die zunehmende Gewalt gegen Polizisten eindämmen wollen, brauchen wir eine konsequente Ahndung von Gewalttaten gegen die Polizeibeamten. Darauf haben alle Polizistinnen und Polizisten in NRW ein Anrecht“, erklärte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende.

Dazu ist nach Meinung der GdP vor allem eine andere Rechtsprechung erforderlich, denn immer wieder haben Polizistinnen und Polizisten in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass Angriffe auf sie von den Gerichten nur mit geringen Strafen geahndet werden, oder sogar ganz ungesühnt geblieben sind, weil die Richter den Angreifern ihr jugendliches Alter und ein fehlendes Vorstrafenregister zugute gehalten haben oder pauschal unterstellen, dass es zum Berufsrisiko eines Polizisten gehört, jederzeit angegriffen zu werden. Das gilt selbst für besonders brutale Angriffe auf Polizisten, wie zuletzt im Fall der Bonner Salafisten-Demonstration, wo ein Angreifer gezielt versucht hatte, zwei der eingesetzten Polizisten zu töten, nur weil sie das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit geschützt haben, oder wie im Fall des Mönchengladbacher Polizeibeamten Michael Frehn, bei dem der Bundesge-

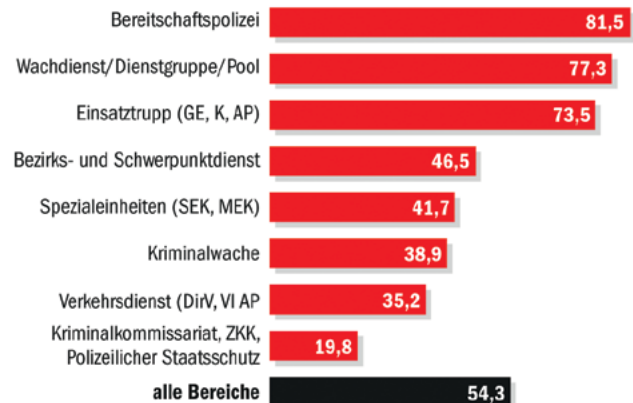
richtshof das vom zuständigen Landgericht gegen den Angreifer verhängte Urteil wegen versuchten Mordes aufgehoben hat, weil bei dem Angriff das Merkmal der Heimtücke gefehlt habe. Frei nach dem Motto, Polizisten müssen jederzeit damit rechnen, dass sie angegriffen oder verletzt werden, ohne dass dabei das Tatbestandsmerkmal der Heimtücke greift.

Damit Angriffe auf Polizisten nicht weiter bagatellisiert werden, dringt die GdP aber nicht nur auf einen besseren rechtlichen Schutz für Polizistinnen und Polizisten, die während ihres Dienstes angegriffen werden, sondern auch auf eine andere Behördenkultur bei der Polizei. „Einsätze mit Gewalt gegen Polizisten dürfen nicht länger schweigend zur Kenntnis genommen werden, sondern müssen offen analysiert werden“, fordert der GdP-Landesvorsitzende Plickert. Dass die Realität in vielen Polizeibehörden eine

ganz andere ist, zeigt die NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamte: Vier von zehn Polizistinnen und Polizisten, die angegriffen worden sind, verzichten trotz eindeutiger Rechtslage auf einen Strafantrag. Fast 80 Prozent von ihnen halten eine strafrechtliche Verfolgung der Angreifer entweder für aussichtslos oder sie befürchten im Falle einer Anzeige sogar dienstliche Nachteile. Hier ist eine breite Resignation zu erkennen.

Bereitschaftspolizei und Wachdienst am häufigsten attackiert

Anteil der täglich angegriffenen Polizistinnen und Polizisten in ausgewählten Verwendungsbereichen (in Prozent)



Quelle: NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte



Die meisten Angriffe auf Polizisten betreffen die Bereitschaftspolizei und den Wach- und Wechseldienst: 2011 wurden acht von zehn Polizistinnen und Polizisten, die bei den Einsatzhundertschaften oder im Wach- und Wechseldienst eingesetzt sind, mindestens einmal täglich angegriffen. Im Schnitt kam es je Polizist zu 3,2 (Wach- und Wechseldienst) bzw. zu 5,7 Angriffen (Bereitschaftspolizei).





Die Studie zwingt zum Handeln!

18 443 Kolleginnen und Kollegen haben sich an der NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte beteiligt – fast jeder zweite Polizist, der während seiner Arbeit regelmäßig Kontakt zu Bürgern hat. Keine andere Studie über Gewalt gegen Polizisten hat eine derart hohe Beteiligung aufzuweisen, auch nicht die viel beachtete Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), aus der sich NRW vor vier Jahren zurückgezogen hatte. Möglich war dieser Erfolg nur, weil die GdP und die Personalräte in den Behörden immer wieder dafür geworben haben, dass sich die Kolleginnen und Kollegen an der Studie beteiligen.

Die Polizistinnen und Polizisten in NRW haben ein Recht darauf, dass der Innenminister die Ergebnisse genau analysiert. Sie haben ein Recht darauf, dass die Ergebnisse der Studie nicht unter den Teppich gekehrt, sondern ernst genommen werden. Sie haben ein Recht darauf, dass sie nach einem Angriff von der eigenen Behördenleitung und der Justiz unterstützt werden. Und sie haben ein Recht darauf, dass die Politik durch veränderte Gesetze dafür sorgt, dass Angriffe auf Polizisten endlich als das geahndet werden, was sie sind, nämlich ein schwerwiegender Angriff auf unsere Gesellschaft und den Rechtsstaat.

„Gewalt gegen Polizisten ist oft erschreckender Alltag“, hatte Innenminister Ralf Jäger bei der Vorstellung der Studie erklärt. Dass 80 Prozent aller Polizistinnen und Polizisten mit Bürgerkontakt angegriffen werden, sei zu viel, hatte Jäger erklärt. „Hier muss mehr getan werden“, sagte er. Dieser Ankündigung muss er jetzt Taten folgen lassen und offensiv mit den Empfehlungen der NRW-Studie über Gewalt gegen Polizisten umgehen.

Arnold Plickert
Landesvorsitzender

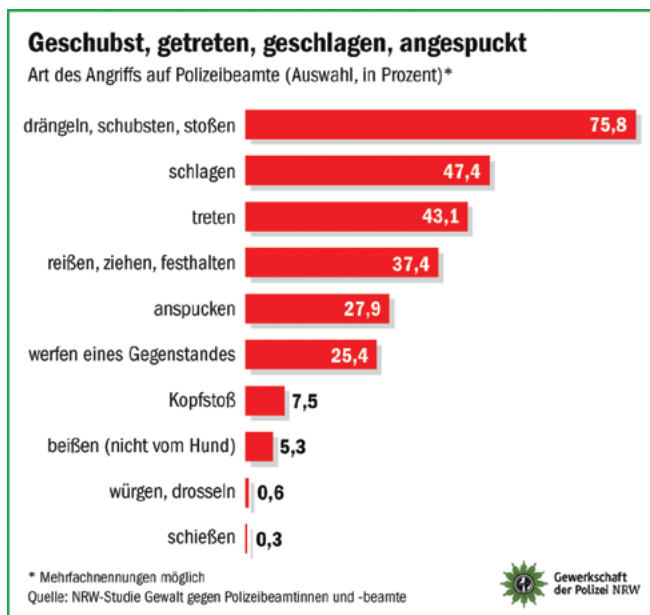
Es dürften noch mehr Angriffe vorliegen, die jedoch nicht mehr angezeigt werden.

Auch beim Training, mit dem die Polizisten auf den Umgang mit gewalttätigen Angreifern vorbereitet werden, sieht die GdP Handlungsbedarf. „Der Zugang zu den Trainingsmaßnahmen richtet sich zu oft danach, ob der einzelne Beamte gerade abkömmlich ist, statt nach dem tatsächlichen Bedarf“, kritisiert Plickert.

„Viele Polizisten erhalten nicht die Vorbereitung auf schwierige Konfliktsituationen, die sie eigentlich benötigen.“

Die GdP sieht deshalb Innenminister Jäger gefordert. „Dass Jäger die Ergebnisse der Studie ausgerechnet im abseits gelegenen Holte-Stukenbrock vorgestellt hat, ist kein guter Start zur notwendigen Diskussion über die Umsetzung der Handlungs-

empfehlungen der Studie“, sagte Plickert. „Besser wäre es gewesen, wenn der Innenminister die Studie zusammen mit ihrem Autor, dem Kieler Psychologen Prof. Dr. Thomas Bliesener, vor der Landespressekonferenz vorgestellt hätte. Jäger hätte dann zwar nicht so viele bunte Bilder wie in Holte-Stukenbrock bekommen, aber es hätte zumindest Raum für Nachfragen gegeben.“



Polizisten sind während ihres Dienstes vielfältigen körperlichen Angriffen ausgesetzt. Bei zwei Dritteln aller Angriffe werden sie geschubst und gestoßen, in der Hälfte aller Fälle sogar geschlagen. In fünf Prozent aller tätlichen Angriffe werden sie gebissen.



58 Prozent der Polizistinnen und Polizisten, die tätlich angegriffen worden sind, haben anschließend einen Strafantrag gestellt. 24 Prozent haben das für nicht erforderlich gehalten. Die übrigen 18 Prozent haben sich aus einem der oben genannten Gründe bewusst gegen einen Strafantrag entschieden.



Verkehrsexperten fordern, aggressives Drängeln als Straftat zu ahnden

GdP-Verkehrsforum

Aggressives Drängeln und deutlich überhöhte Geschwindigkeit sind nicht nur für einen Großteil der Verletzten im Straßenverkehr verantwortlich, sondern auch für 30 Prozent aller Unfälle mit Verkehrstoten. Alleine in NRW sterben dadurch jedes Jahr mehr als 200 Menschen. Auf ihrem Verkehrsforum Ende November in Düsseldorf hat die GdP deshalb gefordert, dass massives Drängeln und aggressives Rasen als Straftat geahndet werden, statt wie bislang als Ordnungswidrigkeit, und ist damit auf einhellige Zustimmung von Polizeipraktikern, Juristen und Verkehrspsychologen gestoßen.

Einmütig sprachen sich die Teilnehmer des Verkehrsforums dafür aus, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen, von denen eine Gefährdung Dritter ausgeht, in den Paragrafen 315 c des Strafgesetzbuchs aufgenommen werden. Prof. Dr. Gerrit Manssen, Verkehrspapst der Universität Regensburg, kritisierte auf dem Forum, dass die Hauptursachen der Verkehrsunfälle, überhöhte Geschwindigkeit und Drängeln, im Paragrafen 315 c bislang nicht vorkommen. „Das geht an der Realität vorbei“, sagte Manssen. Auch die Forderung der GdP nach einem Überholverbot für Lkw zu Stoßzeiten auf zweispurigen Autobahnen und nach Einführung von Section Control zur Geschwindigkeitsüberwachung wird von ihm unterstützt.

Dass aggressives Drängeln und Rasen selten bestraft werden, liegt nicht nur an dem in Deutschland zu niedrigen Strafmaß, sondern oft auch an deren schweren Nachweisbarkeit. „Die Polizei muss die Drängler verfolgen, filmen und anschließend zur Feststellung der Personalien auch noch anhalten. Das ist extrem zeit- und personalintensiv“, so GdP-Verkehrsexperte Michael Mertens. Aber auch für die Justiz gibt es bei der Verfolgung aggressiver Drängler aufgrund der bisherigen Rechtsgrundlage enge Grenzen. Zu dichtes Auffahren gilt nur dann als Nötigung, wenn der vorausfahrende Fahrer in Furcht und Schrecken versetzt und so zu ungewollten, unfallträchtigen Situationen veranlasst wird, wie die Düsseldorfer Strafrichterin Britta Brost auf dem GdP-Forum erläuterte. Ein weiteres Indiz dafür, dass die bisherige Rechtsgrundlage für die Verfolgung aggressiver Drängler nicht reicht.

Viele der Drängler sind Dauerraser. Sorge bereitet der Polizei vor allem die Gruppe der unter 30-jährigen Männer mit geringem Sozialstatus und schnellen Autos und die Mana-

ger mit großen Dienstwagen, die von Termin zu Termin hetzen. Nina Pollack, Leiterin der Begutachterstelle für Fahreignung bei der DEKRA in Essen, plädierte auf dem GdP-Forum deshalb für eine Stärkung der Repressionsarbeit der Polizei. „Viele Autofahrer, die zu mir zur Begutachtung kommen, sagen: Wäre es nur teurer gewesen, hätte mir das nur vorher einer gesagt, hätte ich den Führerschein nicht verloren“, sagte Pollack.

Auch Michael Frücht, NRWs oberster Verkehrspolizist, plädierte auf dem GdP-Forum für eine Stärkung der Repressionsarbeit der Polizei. „Es muss ein Risiko bestehen, dass ich erwischt werde“, sagte Frücht. „Repressive Elemente sind in der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei deshalb unverzichtbar.“ Zudem betonte Frücht, dass nicht nur die Verhinderung von Verkehrsunfällen originäre Aufgabe der Polizei sei, sondern auch deren Aufnahme. „Dass die Polizei die Unfallaufnahme in Zukunft

nicht mehr macht, wird in NRW nicht passieren“, sagte er.

Mehr Infos zum Verkehrsforum: www.gdp-nrw.de.



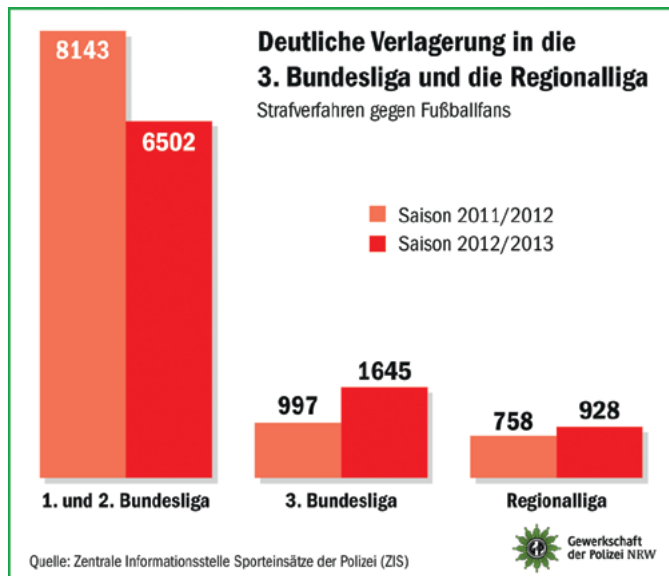
Gravierende Mängel bei den Ordnern

Bei den privaten Ordnern, die von den Bundesligavereinen eingesetzt werden, gibt es gravierende Sicherheitsmängel. Das hat ein Mitte Dezember ausgestrahlter Beitrag des WDR-Fernsehmagazins sport inside ans Tageslicht gebracht, in dem auch der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert zu Wort gekommen ist. Der

Redaktion von sport inside war es gelungen, nur wenige Stunden vor dem Anpfiff des Spitzenspiels von Borussia Dortmund gegen Bayern München eine Versuchsperson in den privaten Ordnerdienst des Vereins einzuschleusen, obwohl diese nicht über die eigentlich erforderliche Qualifikation verfügt. Nach Recherchen des

WDR ist das kein Einzelfall. Experten gehen davon aus, dass selbst in den oberen Spielklassen ein Großteil der eingesetzten Ordner absolute Laien sind, die zudem noch weit unterhalb des im privaten Sicherheitsgewerbe vorgeschriebenen Mindestlohns bezahlt werden.

Die mangelnde Qualifikation vieler Ordner war auch auf der Innenministerkonferenz (IMK) Anfang Dezember ein Thema. Die Innenminister wollen verbindliche Vorgaben für Mindeststandards bei den Ordnern erlassen. „Mit einer Zertifizierung ließe sich sicherstellen, dass die Vereine nur solche Mitarbeiter in den Stadien einsetzen, die ausreichend geschult und angemessen auf ihre schwierige Aufgabe vorbereitet sind“, erklärt nach der IMK-Konferenz NRWs Innenminister Ralf Jäger (SPD).



Auch in der vergangenen Bundesligasaison hat sich der Trend fortgesetzt, dass sich die Gewalt bei den Fußballspielen zunehmend in die unteren Ligen verlagert. Dort ist es mit der Qualität der Ordner noch schlechter bestellt.

Redaktion von sport inside war es gelungen, nur wenige Stunden vor dem Anpfiff des Spitzenspiels von Borussia Dortmund gegen Bayern München eine Versuchsperson in den privaten Ordnerdienst des Vereins einzuschleusen, obwohl diese nicht über die eigentlich erforderliche Qualifikation verfügt. Nach Recherchen des WDR ist das kein Einzelfall. Experten gehen davon aus, dass selbst in den oberen Spielklassen ein Großteil der eingesetzten Ordner absolute Laien sind, die zudem noch weit unterhalb des im privaten Sicherheitsgewerbe vorgeschriebenen Mindestlohns bezahlt werden.

Die GdP sieht darin eine massive Sicherheitslücke. „Das geht auf Kosten der Sicherheit der Stadionbesucher

Mitgliedsbeitrag angepasst

Parallel mit dem Inkrafttreten der zweiten Stufe des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder passt die GdP mit Wirkung zum 1. Januar ihre Mitgliedsbeiträge im gleichen Umfang an. Für die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 10 steigt der GdP-Beitrag um 2,95 Prozent, für die Beamten in der Besoldungsgruppe A 11 und A 12 um ein Prozent. Weil sich die rot-grüne Landesregierung geweigert hat, die Beamten ab der Besoldungsgruppe A 13 in die Übernahme des Tarifabschlusses einzubeziehen, bleibt der Mitgliedsbeitrag ab A 13 gleich. Auch der Beitrag für die Kommissarsanwärterinnen und -anwärter erhöht sich nicht.

Mit der Angleichung des Mitgliedsbeitrags an die Einkommensentwicklung bei der Polizei wird sichergestellt, dass die GdP ihre Arbeit auch in Zukunft aus den Beiträgen der Mitglieder finanzieren kann. Die aktuellen Beitragstabellen gibt es bei den Kreisgruppen und zum Download auf der Leistungsseite des Landesbezirks: www.gdp-nrw.de.

GdP Dortmund bündelt die Kräfte



Nach dem Motto „Es soll zusammengeführt werden, was zusammengehört“ haben die Mitglieder der Kreisgruppe Dortmund am 5. Dezember einstimmig beschlossen, sich mit der bisherigen Kreisgruppe PP Dortmund-Autobahnpolizei zusammenzuschließen. Die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe PP Dortmund-Autobahnpolizei hatten bereits am 28. November einen gleich-

lautenden Beschluss gefasst. Künftig vertritt die Kreisgruppe Dortmund die Interessen von 2 400 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde ebenso einstimmig Peter Bauch-Schmidt gewählt, der bisher bereits der Kreisgruppe Dortmund vorstand.



Beamtenbesoldung

Die GdP hält den vom Landtag im Sommer beschlossenen Ausschluss des größten Teils der Beamten von der Einkommenserhöhung im öffentlichen Dienst für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Bereits Anfang September vergangenen Jahres hatte sie deshalb allen Beamtinnen und Beamten ab der Besoldungsgruppe A 11 empfohlen, Widerspruch gegen ihren Besoldungsbescheid einzulegen. Um schneller zu einer Rechtsklarheit über die Höhe des Besoldungsanspruchs kommen, hat die GdP Ende November in mehreren von ihr eingeleiteten Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine einstweilige Anordnung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Beamtenbesoldungsanpassungsgesetzes beantragt.

Folgt das Verwaltungsgericht dem Antrag der GdP, könnte es das Gesetz unmittelbar dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorlegen. Dadurch könnte das Verfahren zur Feststellung der Rechtswidrigkeit der von Rot-Gün durchgesetzten Abkopplung der Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung im Tarifbereich erheblich beschleunigt werden.

Die von der GdP angestrebten Musterverfahren laufen parallel zu der von den beiden Oppositionsparteien CDU und FDP und zwei Abgeordneten der Piratenpartei angestrebten Normenkontrollverfahren vor dem Landesverfassungsgerichtshof in Münster, mit dem ebenfalls die Verfassungswidrigkeit des Beamtenbesoldungsgesetzes festgestellt werden soll.

Wir sind die GdP

Alle Jahre wieder feiert die GdP am 1. Advent ihr „Wintermärchen“. Dieses Mal fand es auf dem Porbecker Hof in Hattingen statt. Das beliebte Familienfest bietet einen guten Anlass, um fernab vom Arbeitsalltag gemeinsam mit der Familie die Adventszeit einzuläuten. An diesem Tag ist für jeden was dabei. Bei den Kleinen erfreut sich die Bastelecke größter Beliebtheit und auch der Nikolaus ist in jedem Jahr für die Kinder ein Highlight. Die Erwachsenen genießen das nette Beisammensein bei Glühwein und Kuchen und tauschen sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Kreisgruppen aus.



Mit der Säge in der Hand haben an dem Tag viele die Chance genutzt und haben ihren Weihnachtsbaum in der Schonung selbst geschlagen.

Das „Wintermärchen“ ist eines von vielen Angeboten und Events, die die GdP ihren Mitgliedern im Laufe des Jahres anbietet. Vom „GdP-Schneetreff“ in der Alpinhalle Bottrop über das Landesbowlingturnier bis hin zum GdP-Angebot für die Erlebnisausstellung „Top Secret“ in Oberhausen, für jeden Geschmack ist etwas dabei. Der traditionelle GdP-Familiantag, in diesem Jahr wie schon 2013 in der ZOOM Erlebniswelt Gelsenkirchen, darf natürlich nicht unerwähnt bleiben.

Alle Termine und Veranstaltungen für 2014 sind ab sofort in dem GdP-Eventkalender nachzulesen, erhältlich über die örtlichen Kreisgruppen oder zum Download unter www.gdp-nrw.de.

Mehr Infos: GdP-Hotline 02 11/29 10 110

Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 · 47805 Krefeld
Tel.: 021 51/4 99-0 · Fax 499 299



Was 2014 wichtig wird

Vier Themen sind 2014 für die GdP von zentraler Bedeutung: 1. Die rot-grüne Landesregierung muss in diesem Jahr endlich ihr Konzept für die längst überfällige Dienstrechtsreform auf den Tisch legen. Weil es in Zukunft schwieriger wird, qualifizierte Nachwuchskräfte für die Polizei zu gewinnen, dringt die GdP darauf, dass die Dienstrechtsreform zu einer nachhaltigen Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes führt. Bereits im Mai 2010 hatte sie Eckpunkte für die Dienstrechtsreform vorgelegt. Die GdP fordert darin nicht nur die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, sondern auch eine neue Faktorisierung der Lebensarbeitszeit (siehe Saarland), damit Polizeibeamte, die lange Zeit im Wach- und Wechseldienst tätig waren, früher

in Ruhestand gehen können. 2. Die rot-grüne Landesregierung muss endlich verbindlich erklären, dass die von ihr selbst in die Diskussion gebrachte mögliche erneute Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten sowie weitere Einschnitte beim Pensionsanspruch endgültig vom Tisch sind. Ende 2013 hatte sie zwar als Antwort auf eine Kleine Landtagsanfrage erklärt, weder die Wochen- noch die Lebensarbeitszeit verlängern zu wollen, aber verbindlich ist das damit noch lange nicht. Auch eine Entscheidung, wann die immer wieder von Rot-Grün versprochene Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage endlich kommt, steht noch immer aus. 3. Wir hoffen, dass bis

Ende dieses Jahres eine für die Beamten positive Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in Münster zur Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten vorliegt.

Gewerkschaftspolitisch steht in diesem Jahr vor allem der Landesdelegiertentag vom 1. bis 3. April in Dortmund im Vordergrund. Dort wird nicht nur der Landesbezirksvorstand neu gewählt, sondern die Delegierten entscheiden auch über die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden vier Jahre. Weitere zentrale Ereignisse 2014 sind das Schichtdienstforum am 20. Februar, das Kriminalforum am 26. Juni und das Verkehrsforum am 6. November. Vom 10. bis 12. November folgt der GdP-Bundeskongress in Berlin.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (v.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Februar-
Ausgabe ist der 6. Januar 2014.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 1. Gerda Fogt, Hückeswagen
- 25. 1. Nelli Hoffmann, Ostseebad Prerow
- 27. 1. Irmgard Sonnen,
Bergisch Gladbach

91. Geburtstag

- 2. 1. Günter Petrusch, Hürth
- 6. 1. Irmgard Makovski,
Gelsenkirchen
- 20. 1. Elise Kuhn, Wuppertal
- 22. 1. Margarete Zutz, Köln
- 27. 1. Heinrich Kurth, Erftstadt
- 30. 1. Hans-Joachim Tetzlaff, Wuppertal

92. Geburtstag

- 7. 1. Kurt Kaltenbach, Gelsenkirchen
- 11. 1. Margarethe Kedzia, Bottrop
- 12. 1. Martha Siptroth, Iserlohn
- 13. 1. Josef Nowak, Herne
- 17. 1. Doris Kirschhausen, Bonn
- 18. 1. Walter Volkmann, Eiterfeld
- 19. 1. Maria Pott, Hille
- 20. 1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 24. 1. Leo Kowalski, Dortmund
- 25. 1. Lina Helene Schneider,
Remscheid
- 30. 1. Eitel Lindner, Essen
- 31. 1. Josefina Koll, Köln

93. Geburtstag

- 1. 1. Horst Fritz, Viersen
- 10. 1. Erich Tarnow, Köln
Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11. 1. Werner Korf, Münster

- 15. 1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16. 1. Johann Rochhold, Selm
- 19. 1. Hildegard Holten, Düsseldorf
- 20. 1. Magdalene Schneider,
Engelskirchen
- 22. 1. Marianne Matheus, Hanau
- 24. 1. Johannes Koch, Warburg

94. Geburtstag

- 9. 1. Gertrud Voessing, Kall
- 10. 1. Theodor Rodekirchen, Köln
- 13. 1. Paula Fröhlich, Meschede
- 14. 1. Angelika Schnee, Köln
- 18. 1. Helene Fritsching, Unna
- 20. 1. Hans Stein, Mönchengladbach
- 26. 1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

95. Geburtstag

- 6. 1. Margarete Kühlkamp,
Recklinghausen
- 20. 1. Käte Kortewille, Mülheim

97. Geburtstag

- 25. 1. Maria Warmers, Rhede

98. Geburtstag

- 15. 1. Kurt Riedel, Haltern

100. Geburtstag

- 5. 1. Edeltraud Gulgowski,
Oberhausen

**Der Geschäftsführende Landesbezirks-
vorstand der GdP wünscht allen Jubilaren
alles Gute und recht viel Gesundheit.**



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Januar 2014



Endspurt! Es gibt noch Plätze! Landesseniorenreise 2014 nach Fuerteventura in das 4,5* allsun Hotel Esquinzo Beach vom 10. bis 24.03.2014



Eingeschlossene Leistungen:

- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Fuerteventura
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- 1 Ganztagesausflug
- GdP-Abend
- GdP Reisebegleitung

**tagesaktueller Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab ca. € 1.169,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an.

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • penguin@gdp-reiseservice.de





Wer bei der Polizei gearbeitet hat, bleibt ihr ein Leben lang verbunden – denn die gemeinsame Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, die vielen Nachschichten und Ereignisse, die bei der Polizei immer wieder zu bewältigen sind, geben ein Gefühl des Zusammenhalts wie in kaum einem anderen Beruf. Für die GdP ist die Seniorenarbeit deshalb ein ganz selbstverständlicher Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit. In den meisten Kreisgruppen gibt es nicht nur einen eigenen Seniorenvorstand, sondern oft auch regelmäßige Seniorentreffen und -veranstaltungen. Ein Angebot für alle, die auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben Kontakt zu den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen halten und gemeinsam etwas unternehmen wollen.

Alle regelmäßigen Seniorenterminen stehen im beiliegenden Seniorenkalender 2014. Weitere Infos zu allen aktuellen Veranstaltungen der Seniorengruppen vor Ort gibt es auf der Homepage des Landesbezirks und der GdP-App.

GdP aktiv

9. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 14.30 Uhr, Gaststätte Bürgerhaus, Heerener Str. 194, Kamen

10. 1., Bezirksverbandstag BV Arnsberg, Holzwickede

14. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14.00 Uhr, Besprechungssaal des Kunstmuseums, Kortumstr. 147, Bochum

14. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen, 14.00 Uhr, Gaststätte Kommer, Forster Linde 57, Aachen

15. 1., Skat- und Knobeltturnier der Kreisgruppe Soest, 18.00 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstr. 1, Bad Sassendorf

21. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17.00 Uhr, Restau-

Glücksnummern des Monats

45 18086
Kai Niklas Harff, Aachen
45 18926
Ute Meenken, Bielefeld
45 21326
Jan Glebsattel, Aachen
45 18175
Alain Drüppel, Köln

Die Gewinner erhalten eine GdP-Umhängetasche.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

Das erste Seniorentreffen findet am Mittwoch, dem 8. Januar, statt. Treffpunkt: 14.00 Uhr, Restaurant Strepp am See, 52372 Kreuzau-Obermaubach.

Kreisgruppe Bielefeld

Jahresabschlussessen am Dienstag, 14. Januar 2014. Treffpunkt: 17.30 Uhr in der Gaststätte Hollmann, Otto-Brenner-Str. 77. Anmeldungen bis 6. 1. 2014 bei Wolfgang Böhnke, Tel.: 05 21/44 03 91.

Anzeige

Hallo Kollegen. Ich, PK aus dem Land Bremen, suche aus persönlichen Gründen einen Tauschpartner aus NRW. Natürlich ist auch ein Ringtausch möglich. Ich freue mich über jede Meldung unter:
tauschgesuch.bremen@web.de oder
Tel.: 01 51/14 95 22 96

rant Ortwein, Bökenförder Str. 18, Lippstadt

23. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14.30 Uhr, Festhalle, Carl-Diem-Str. 6, Heinsberg

28. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Gaststätte Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm

NACHRUFE

Karl Heinz Behmer	7. 3. 1927	Märkischer Kreis	Herbert Lammek	23. 1. 1944	LZPD NRW
Anneliese Boehle	10. 8. 1925	Ennepe-Ruhr	Manfred Laufenberg	6. 7. 1954	Köln
Willi Coenen-Stass	21. 2. 1955	BZ Neuss	Gerhard Peters	8. 4. 1947	Bochum
Ilse Ehrkamp	21. 5. 1927	Kleve	Heinz Schindel	16. 8. 1923	Mettmann
Willy Jurkewitz	24. 6. 1925	Herford	Richard Stellmacher	26. 12. 1919	Gelsenkirchen
Ingeborg Kauschke	10. 10. 1925	Dortmund	Erika Witzel	17. 12. 1916	Recklinghausen
Peter Klein	2. 7. 1938	Coesfeld	Dietmar Würden	11. 2. 1955	Olpe
Lea Koch	29. 5. 1926	Mönchengladbach	Heinz-Werner Wyschka	25. 8. 1957	Hochsauerlandkreis

